

Die Volksernährung im Hauptausfluß.

Die Volksernährung im Hauptausfluß.

✚ Berlin, 4. Dezember. (Telegr.)

Der Reichsausschuß für den Reichshaushalt setzte heute vormittag die Beratung der Volksernährungsfragen fort. Ein weißer Abgeordneter zog aus der bisherigen Erörterung den Schluß, daß die Vorräte an Brottorn und Kartoffeln bei sorgföhriger sparsamer Wirtschaft ausreichen. Die meisten Schwierigkeiten werde die

Versorgung mit Fett

bereiteten. Die Zählung vom 1. Oktober habe zwar einen nicht unerheblichen Zuwachs an Schweinen ergeben; aber an Fett-schweinen bestehe zurzeit noch ein Mangel. Günstiger liege die Sache beim Rindvieh. Unser Pferdebestand sei an Zahl nicht zurückgegangen. In Zukunft werde dafür gesorgt werden müssen, daß auch die Qualität die alte bleibe. Verstimung erregte es, daß die Verordnungen der Regierung verspätet kamen und lückenhaft waren. Die Butterpreise stiegen seit Beginn der Weidzeit; dann setzte auch die Preissteigerung in Kopenhagen ein. Hätte man damals den Preis auf 2.4 festgesetzt, so wäre dies des Weidbeganges wegen ausreichend auch für die Konsumenten gewesen. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern gab Auskunft über die Heranführung von Vorräten auf der Donau, so lange sie fahrbar bleibe. Aber die Schwierigkeiten auf dem Fettmarkt werde man durch eine bessere Organisation des Handels hinwegkommen müssen, die inzwischen eingetreten sei. Der Redner der Fortschrittlichen Volkspartei führte aus, daß die Erhebungen über die Bestände an sich nicht gerade kolossale Überschüsse ergäben, jedoch lehre die Erfahrung, daß die Angaben bei den Erhebungen stark hinter der Wirklichkeit zurückzubleiben pflegt. Sobald sich die tatsächlichen Bestände übersehen ließen, müsse die Brotration erhöht werden. Die Leistungsfähigkeit der Donauschiffahrt am Eisernen Tore könne durch Einrichtung von Schleppbahnen verdoppelt werden. Ebenso wäre die Leistungsfähigkeit der ungarischen Eisenbahnen durch Anlage von Ausweichstellen zu steigern. So könnte es ermöglicht werden, die Futtermittelversorgung bedeutend zu verbessern. Die Verordnungen hätten viel früher erfolgen können. Wenn durch die Vorverhandlungen mit Preußen und insbesondere mit dem Landwirtschaftsministerium zu viel Zeit verloren ginge, um diese Verschleppung zu vermeiden, möge man damit brechen, die Bundesratsverordnungen stets zunächst dem preussischen Staatsministerium vorzulegen. Wäre die Kartoffelverordnung früher erlassen worden, so hätte man viele Schwierigkeiten vermieden. Auch hier läge die Schuld an den gleichen Ursachen. Das

Jetzige milde Wetter

solle man benutzen, um die Versorgung der großen Städte zu beschleunigen. Das Geschäftsgebaren der Zentraleinkaufsgesellschaft verteuere vielfach die Waren. (Der Redner verlas zum Beweise dafür verschiedene Zuschriften.) Dieses Vorgehen erschwere die Einfuhr und ruhe beim Handel, wie bei Produzenten und Konsumenten Verärgerung hervor. Man solle den Großhandel organisieren und ihn verpflichten, die Waren mit einem mäßigen Aufschlag an den Kleinhandel weiterzugeben. Dann würden auch die Klagen über Bevorzugungen und Zurücksetzungen verstummen. Die Versorgung müsse erleichtert und gleichmäßiger werden. Gelegentlich werde die schnelle Verteilung auch durch im Kriege unvermeidlichen Wagenmangel erschwert. Die Militärverwaltung möge tunlichst einen Teil der gelehrten Leute in den Betrieben belassen. Der Reichsschatzsekretär erklärte die Ausführungen des Vorredners über die Widerstände im preussischen Staatsministerium als nicht zutreffend. Wenn Verzögerungen entstanden seien, so waren sie auf die Notwendigkeit gründlicher Beratung zurückzuführen. Ein Regierungsvertreter stellte in bezug auf die vorhin verlesenen Schriftstücke fest, daß es sich bei dem Vorgehen der J. E. G. darum handelte, der Allgemeinheit einen Teil des in Aussicht stehenden großen Gewinns zu sichern. So wie jetzt die Organisation gestaltet sei, erscheine die richtige Verteilung am besten gesichert. Ein reichsparteilicher Abgeordneter wünschte

dringend die Erhöhung der Brotration im Interesse aller körperlich Arbeitenden. Nach dem Ausfall der Viehzählung vom 1. April erscheine die Fettversorgung gesichert. Die Zunahme der Schweine im Alter von 3 Jahren bis 1 Jahr sei geradezu erstaunlich. Wenn das Landwirtschaftsministerium nicht die Interessen der Landwirtschaft vertreten solle, so wäre es überhaupt überflüssig, daß die Reichsgetreidestelle die Brotversorgung des Volkes für mehr als gesichert halte, werde durch die Überweisung erheblicher Brotformengen zur Fütterung bewiesen. Die Kartoffelernte sei eine reiche. In den Viehbeständen hätten wir so große Reserven, daß jegliche Sorge unberechtigt erscheinen müßte. Butterarten würden wenig nützen; damit vermehre man die Vorräte nicht. Zu begründen sei das Vorgehen des preussischen Finanzministers, den Schweinemästern zu angemessenen Preisen Futter zur Verfügung zu stellen. Denjenigen, die nicht in der Lage sind, sich die erforderlichen Lebensmittel zu verschaffen, müsse geholfen werden. Neben dem Brotgetreide seien die Kartoffeln das unentbehrlichste Lebensmittel, Frühkartoffeln seien in sehr erheblichem Maße angebaut. Ihre Ernte wie die der Spätkartoffeln habe sich durch die Witterung verzögert, und die Überführung der Kartoffelmengen sei nicht gelungen, weil die größeren Gemeinden sich um die Frühkartoffeln nicht bekümmert hätten. Als dann frühzeitig im Osten Frost eintrat, seien die Gemeinden unruhig geworden und hätten die Abfuhr verlangt, die wegen der noch nicht beendeten Rübenerte aber nicht möglich gewesen sei. Von einem Mangel an gutem Willen könnte nicht gesprochen werden. Ein anderer fortschrittlicher Abgeordneter erklärte, mit dem Berichterstatter darin einig zu sein, die Ernährungsfragen

ruhig und sachlich

zu behandeln. Bedauerlich sei, daß draußen im Lande die agrarische Presse nicht nach diesen Grundsätzen verfare. Es müsse beunruhigen und arg verstimmen, wenn von dieser Presse gerade dann höhere Preise gefordert würden, wo die Minderbemittelten die Teuerung schon schwer genug empfänden. Selbstverständlich könne die Landwirtschaft nicht dauernd unter den Herstellungspreisen verkaufen, aber man dürfe in diesen Klagen auch nicht zu weit gehen. Die Einführung einer Feitkarte für Kunstfette und von Höchstpreisen unter Berücksichtigung der Minderbemittelten sei erwünscht. Frig seien die Ausführungen des konservativen Redners, daß die Futtermittel zehnmal mehr gestiegen seien als die Viehpreise. Man dürfe nicht lediglich die teuersten Futtermittel zur Grundlage der Berechnung machen. Das Vorgehen des preussischen Ministers des Innern in der Futtermittelversorgung sei zu begrüßen. Bei der Verteilung der Futtermittel seien bedauerliche Ungleichmäßigkeiten vorgekommen. Es stehe zweifellos fest, daß die Kartoffelverordnung durch die Schuld des preussischen Landwirtschaftsministeriums verzögert worden sei. Der Staatssekretär des Innern habe erklärt, der preussische Landwirtschaftsminister habe seinen Ressortstandpunkt vertreten; der Reichsschatzsekretär aber gesagt, der Landwirtschaftsminister habe die allgemeinen Interessen vertreten. Aber diese Differenz könne nicht ohne weiteres hinweggegangen werden. Für des Redners Partei unterliege es keinem Zweifel, daß die Ursache der Verzögerung im Landwirtschaftsministerium liege. Eine offiziöse Korrespondenz sollte sich jeder Polemik enthalten; in dem Nachrichten-dienst für Ernährungsfragen, der vom preussischen Ministerium des Innern herausgegeben werde, sei aber Objektivität zu vermissen. Ein nationalliberaler Bauernbündler begrüßt gleichfalls die Futtermittelmaßnahmen des Ministeriums des Innern, wünscht aber, daß alle Gegenden gleichmäßig berücksichtigt werden. Die erheblichen Vorräte an Schlachtschweinen, die bei Kriegsausbruch vorhanden waren und die auf der riesigen Zufuhr von ausländischem Futter im Frieden beruhten, hätten es ermöglicht, daß wir bis Weihnachten 1914 normale Preise hatten. Alle Maßnahmen der Regierung zeugten von mangelndem Verständnis für den Kleinbetrieb und die Schuld daran liege beim preussischen Landwirtschaftsminister, gegen den schon vor dem Kriege Beschwerden wegen ungenügender Berücksichtigung sozialpolitischer Grundätze erhoben werden mußten. Bezüglich der Produktionskosten und der

Rentabilität der Landwirtschaft

schließt sich der Redner seinem fortschrittlichen Vorredner an; einzelne Betriebe möchten ja Not leiden, namentlich diejenigen, die viel zukaufen müssen, im ganzen aber seien die Angaben des fortschrittlichen Abgeordneten auch für größere Bauernwirtschaften zutreffend. Darauf trat die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-sitzung sprach als erster ein konservativer Abgeordneter vom Bunde der Landwirte. Er führt aus, daß

der Wille zum Durchhalten,

habe unter dem Druck der Nahrungsmittelpreise gelitten, durch nichts berechtigt sei. Brot sei nicht wesentlich teurer als im Frieden. Die Kartoffeln ständen unter dem Friedenspreis, und in Deutschland seien die Preise niedriger als im Ausland. Die gleiche Menge Brot, die in Frankfurt 60 Z koste, werde in England mit 80 Z bezahlt. Die Tonne Weizen dort mit 270.4, bei uns mit 260.4. Weizenmehl mit 37.75.4 gegen 36.75.4. Der Rindfleischpreis bei uns sei verhältnismäßig wenig gestiegen, und sei niedriger als im Ausland. Milch koste in Berlin 28 Z, in England 48 Z, die Butter in Petersburg 3.40.4. Wir hätten also keinen Anlaß zu klagen. Die Sozialdemokraten seien untereinander selbst uneinig. Der eine sage, die Landwirte hätten die Kartoffeln zurückgehalten, der andere bestritt dies. Eine Teuerung sei in Lebensmitteln eigentlich nicht vorhanden, aber andere Artikel seien um 50 und 100 Prozent gestiegen, zum Bei-